



Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

am 20.03.2012

Tagessordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 10

b) öffentlich

2. Aufstellung des Doppelhaushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2013/2014
3. Haushaltsangelegenheiten
 - 3.1. Teilweise Umsetzung der 2010 und 2011 investiv geplanten Mittel für den Globalansatz "Straßenbau" in den Ergebnishaushalt
 - 3.2. Ausbau des Restabschnittes An der Nikolausschanze zwischen Rheinstraße und Am Winterhafen
4. Erweiterung der städt. Kindertagesstätte Bretzenheim-Gartengewann um zwei Gruppen
5. Satzungsangelegenheiten, Gebührenverzeichnisse
 - 5.1. Satzung Kindertagespflege
 - 5.2. Änderung der Archivsatzung der Stadt Mainz
 - 5.3. Änderung des Gebührenverzeichnisses des Stadtarchivs
6. Kündigung der Mitgliedschaft in der KulturRegion FrankfurtRheinMain
7. Gründung der Mainzer Klimaschutz- und Energieagentur gGmbH
8. Sachstandsbericht zu Antrag 211/2006 der SPD-Stadtratsfraktion und Änderungsantrag von CDU/FDP
9. Vorstellung des Schuldenberichts der Landeshauptstadt Mainz 2011
10. Mitteilungen

c) nicht öffentlich

11. Berichterstattung "Schuldenmanagement"
12. Wirtschaftliche Beteiligungen
13. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16:32 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Hinsichtlich der Tagesordnung beschließt der Ausschuss mit der erforderlichen Mehrheit die Aufnahme des
TOP 3.2 - Ausbau des Restabschnittes An der Nikolausschanze zwischen Rheinstraße und Am Winterhafen
hier: Bewilligung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung

Zu TOP 5.1 – Satzung Kindertagespflege weist der Vorsitzende auf eine Ergänzung in der Beschlussvorlage hin, wonach im Satzungsentwurf, Seite 2, Absatz 4 die Formulierung “polizeilichen Führungszeugnissen“ durch “ erweiterten polizeilichen Führungszeugnissen“ ergänzt wird.

Auf einen Austausch der Beschlussvorlage für den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen wurde im Hinblick auf die Papierersparnis verzichtet.

In den nachfolgenden Gremien, Haupt- und Personalausschuss und Stadtrat, erfolgt jedoch die Behandlung mit einer geänderten Vorlage unter der Drucksachen Nummer 0316/2012/1, da für diese Gremien noch keine Versendung der Beschlussvorlage erfolgt ist.

Ferner weist der Vorsitzende auf die in der heutigen Sitzung vorgesehene Berichterstattung zu dem Themenkomplex “Bewilligung der Mittel für Papier“ hin, welche aus personellen Gründen beim Hauptamt heute nicht erfolgen kann.
Die Berichterstattung ist nunmehr für den 24. April 2012 vorgesehen.

Frau Dr. Litzenburger meldet für die CDU-Fraktion zu TOP 6 noch weiteren Beratungsbedarf an und bittet daher den Tagesordnungspunkt heute nicht zur Abstimmung zu stellen.

Nach Aussage von Frau Beigeordnete Grosse ist eine Behandlung in den Stadtratsitzungen am 18. April oder 09. Mai für das weitere Kündigungsverfahren noch ausreichend, sodass der Ausschuss einer Vertagung in die nächsten Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen sowie des Stadtrates zustimmt.

Herr Prof. Dr. Leinen bittet um weitere aktuelle Sachstandsinformationen zum Kommunalen Entschuldungsfonds.
Der Vorsitzende sagt dies unter TOP 13 zu.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 2 **Aufstellung des Doppelhaushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2013/2014;**
hier: Vorschlag zur Terminplanung
Vorlage: 0466/2012

Herr Schönig kritisiert den aus seiner Sicht zu knapp bemessenen Beratungszeitraum zwischen Einbringung des Verwaltungsentwurfes im Stadtrat am 05.09.2012 und den Beratungen im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 23.10.2012. Unter Berücksichtigung der Herbstferien verbleiben den Fraktionen nur 5 Wochen für die internen Beratungen.

Er schlägt deshalb eine Sondersitzung der Gremien im November vor.

Herr Bürgermeister Beck verweist auf die Zielsetzung, den Doppelhaushalt 2013/2014 noch in diesem Jahr der ADD zur Genehmigung vorzulegen und schlägt vor, den Terminplan in der Sitzung des Ältestenrats am Mittwoch, 21. März 2012, zu thematisieren.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen erklären sich mit dem Verfahren einverstanden und beschließen einstimmig mit 15 Ja-Stimmen vorbehaltlich des Ergebnisses im Ältestenrat den Vorschlag zur Terminplanung entsprechend dem Beschlussvorschlag.

Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 08.03.2012, Amt/Aktz.: Dezernat II/20-Amt für Finanzen und Beteiligungen.

Punkt 3 **Haushaltsangelegenheiten**

Punkt 3.1 **Teilweise Umsetzung der 2010 und 2011 investiv geplanten Mittel für den Globalansatz "Straßenbau" in den Ergebnishaushalt**
hier: Teilhaushalt 61-Stadtplanungsamt
Vorlage: 0329/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu.

Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 24.02.2012, Amt/Aktz.: Dezernat V/61.3/60.

Punkt 3.2 **Ausbau des Restabschnittes An der Nikolausschanze zwischen Rheinstraße und Am Winterhafen**
hier: Bewilligung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE)
Vorlage: 0457/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 07.03.2012, Amt/Aktz.: Dezernat V/66 11 35.

Punkt 4 **Erweiterung der städt. Kindertagesstätte Bretzenheim-Gartengewann um zwei Gruppen**
Vorlage: 0305/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 09.02.2012, Amt/Aktz.: Dezernat IV/51 03 01 00.

Punkt 5 **Satzungsangelegenheiten, Gebührenverzeichnisse**

Punkt 5.1 **Satzung Kindertagespflege**
Vorlage: 0316/2012/1

Da die Satzung die rückwirkende Erstattung ab dem 01.01.2009 von 50 % der nachgewiesenen Aufwendungen zur Alters-, Kranken- und Pflegeversicherung für bereits vorliegende Anträge beinhaltet, bittet Herr Schönig das finanzielle Volumen zu benennen.

Da die Zahlen kurzfristig nicht festgestellt werden können, sagt Herr Bürgermeister Beck zu, dass Frau Leske vom Jugendamt den Fraktionen die gewünschten Zahlen per Mail nachmeldet.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt sodann einstimmig mit 15 Ja-Stimmen der Satzung zur Förderung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Mainz entsprechend dem Beschlussvorschlag zu.
Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 09.03.2012, Amt/Aktz.: Dezernat IV/51 03 01 00.

Punkt 5.2 **Änderung der bestehenden Archivsatzung der Stadt Mainz vom 7. Oktober 2000**
Vorlage: 0187/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Änderung der bestehenden Archivsatzung der Stadt Mainz vom 07. Oktober 2000 entsprechend dem Beschlussvorschlag zu.
Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 24.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat VI/470203/00.

Punkt 5.3 **Änderung des Gebührenverzeichnisses des Stadtarchivs vom 06.03.2006**
Vorlage: 0191/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen der Änderung des Gebührenverzeichnisses des Stadtarchivs vom 06.03.2006 entsprechend dem Beschlussvorschlag zu.
Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 17.01.2012, Amt/Aktz.: Dezernat VI/470203/00.

Punkt 6 **Kündigung der Mitgliedschaft in der KulturRegion FrankfurtRhein-Main durch die Landeshauptstadt Mainz als Gesellschafterin**
Vorlage: 0337/2012

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

Punkt 7 **Gründung der Mainzer Klimaschutz- und Energieagentur gGmbH**
Vorlage: 0327/2012

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen stimmt einstimmig mit 15 Ja-Stimmen ohne weitere Aussprache der Vorlage entsprechend dem Beschlussvorschlag zu. Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 23.02.2012, Amt/Aktz.: Dezernat V/17 70 56.06.

Punkt 8 **Sachstandsbericht zu Antrag 211/2006 der SPD-Stadtratsfraktion und Änderungsantrag von CDU/FDP**
Vorlage: 0307/2012

Nach kurzer Aussprache nimmt der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen den Sachstandsbericht so zur Kenntnis. Grundlage und Bestandteil der Kenntnisaufnahme ist die Vorlage der Verwaltung vom 13.02.2012, Amt/Aktz.: Dezernat II/.

Punkt 9 **Vorstellung des Schuldenberichts der Landeshauptstadt Mainz 2011**

Herr Domrös vom Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport stellt den Ausschussmitgliedern den erstmals erschienenen Schuldenbericht der Landeshauptstadt Mainz für das Jahr 2011 vor, der in umfassender Form über das Schuldenportfolio der Stadt Mainz sowie die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen berichtet.

An Hand des Berichts, der künftig jedes Jahr erscheinen soll, erläutert Herr Domrös sodann verschiedene Eckpunkte aus dem Schuldenbericht. Der Bericht, der überwiegend grafische Darstellungen beinhaltet, soll auch verdeutlichen, wie sich zum Beispiel das Kreditportfolio hinsichtlich der Aufteilung von fester zu variabler Verzinsung verändert hat.

Auch dieser Bericht wird der interessierten Bürgerschaft im Internet bereitgestellt.

Punkt 10 **Mitteilungen**

Herr Bürgermeister Beck informiert die Mitglieder des Ausschusses über ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes in Erfurt, wonach die altersabhängige Staffelung der Urlaubsdauer im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst für unwirksam erklärt wurde. Damit haben alle Beschäftigten einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen pro Kalenderjahr, im Gegensatz zu der bisherigen Regelung, wonach Beschäftigten bis zum 30. Lebensjahr 26 Tage Urlaub, bis zum 40. Lebensjahr 29 Tage Urlaub und ab dem 40. Lebensjahr 30 Tage Urlaub gewährt wurden.

Umgerechnet bedeute dieses Mehr an Urlaubstagen nach vorläufigen Berechnungen zusätzlich 15 Stellen bei der Stadt Mainz zu finanzieren.

Ferner weist Herr Bürgermeister Beck auf eine Klage zweier Feuerwehrleute hin, die unter Hinweis auf die Arbeitszeitverordnung auf eine Pause nach vier Stunden Arbeitszeit klagen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen der Ausschussmitglieder vor.

Ende der Sitzung: 17:42 Uhr

gez. Beck
.....
Vorsitz

gez. Fehlisch
.....
Schrifführung

gez. Jessen
.....
Urkundsperson

gez. Hans
.....
Urkundsperson